

Verbändeübergreifendes PiAPolitikTreffen am 24.09.2012 in Berlin:

„Gemeinsam sind wir stark“

Wie können wir Aktive in der PiA-Politik zur Verbesserung der Ausbildungsbedingungen gemeinsam MEHR erreichen?

Organisationsteam: Ariadne Sartorius (bvvp), Kerstin Sude (DPtV),
Katharina Röpcke (PfgB), Jean Rossilhol (VPP)
Moderation: Dipl.-Psych. Britta Pfennig
Protokollantin: Katharina Röpcke (PfgB)

Protokoll des 2. verbändeübergreifenden PiA-Politik-Treffens

Einleitung

Am 24.09.2012 in Berlin fand unter dem Titel „Gemeinsam sind wir stark“, wie können wir Aktive in der PiA-Politik zur Verbesserung der Ausbildungsbedingungen gemeinsam MEHR erreichen? das 2. verbändeübergreifende PiA-Politik-Treffen statt. Wir beschäftigten uns damit, wie es um die demokratische Mitbestimmung der PiA steht, um die Bezahlung der praktischen Tätigkeit, um die Qualität der Ausbildung, um die Reform der Ausbildungsstruktur? Was wurde erreicht, was ist noch zu tun?

Es gab ca. 30 Teilnehmer/-innen. Vertreten waren 3 PiA-Sprecher der Psychologie Fachschaften Konferenz, 4 PiA für gerechte Bedingungen!, 14 PiA-Sprecher/innen von Instituten und Verbänden, sowie 8 PiA-Sprecher/innen der Bundeskonferenz PiA. Zudem waren Mitarbeiter von ver.di dabei. Es waren wieder alle wissenschaftlich anerkannten Verfahren vertreten, sowohl PP als auch KJP.

Der nächste Termin für das verbändeübergreifende Treffen der PiA-Politik wird der 18.3.2012 sein. Wer Interesse daran hat, sich an der Organisation des Treffens zu beteiligen, kann sich im Laufe des Januars bei den Organisatorinnen und Organisatoren zu melden.

Referate: Stand der PiA-Politik

A. PiA-Politik bei ver.di

Judith Lauer berichtete über PiA-Politik bei ver.di. Sie findet auf 3 Ebenen statt: auf der betrieblichen Ebene, wie bspw. die Sensibilisierung der Betriebsräte, sowie die Bekanntmachung und Anwendung des ver.di Mustervertrags für die praktische Tätigkeit. Auf der Ebene der Tarifverträge kämpft ver.di für die tarifliche Eingruppierung von PiA, sowie auch Psychotherapeuten, auf bundespolitischer Ebene werden Aktionen unterstützt und Positionen zur Ausbildungssituation und deren Novellierung erarbeitet und verbreitet. Ver.di unterstützt PiA mit ihrer Infrastruktur bei der Vernetzung, beim Dokumentieren der Missstände, bei Demonstrationen, bei betrieblichen Problemen (Rechtsschutz), sowie mit Arbeitsgruppen zu Fachthemen .

B. PiA in die Kammern: Stärkung der Verhandlungsposition von PiA

Katharina Röpcke gab eine Übersicht über den Status von PiA in den Landespsychotherapeutenkammern. Von 12 Kammern gibt es bei 3 Kammern eine Pflicht-Vollmitgliedschaft, ab dem ersten, oder aber ab dem zweiten Ausbildungsabschnitt, alle kostenlos. Das sind Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen. In 3 Kammern gibt es eine freiwillige Vollmitgliedschaft, kostenlos. Hamburg, Bremen, und Baden-Württemberg. In 4 Kammern gibt es nur eine Gastmitgliedschaft, die keine Mitbestimmungsrechte mit sich führt, Bayern und Rheinland-Pfalz kostenlos, Berlin für 15,- das Saarland erhebt jedoch 100,- für diesen Status. In NRW gibt es keine PiA-Kammermitgliedschaft, dort gibt es eine separate, von der Kammer anerkannte PiA-Vertretung, die von einer Institutesprecherversammlung gewählt wird. In den ostdeutschen Bundesländern gibt es auch keine Mitgliedschaft. Nach einem einmaligen Treffen der Institutesprecher wurden Sprecherinnen ernannt, die an der BuKo teilnehmen dürfen. Die Mitgliedschaft findet ihre Rahmenbedingungen im Heilberufekammergesetz des jeweiligen Bundeslandes, auf welche dann die Ordnung der Kammern aufbaut. Eine Veränderung der Mitgliedschaftsmodalitäten hängt an der Verhandlung der PiA mit der jeweiligen Kammer, und dann an den Verhandlungserfolgen der Kammer mit dem Gesetzgeber auf Landesebene.

Was hat sich in der letzten Zeit getan? In Berlin sind wir einen wichtigen Schritt weitergekommen. Die Delegiertenversammlung der Kammer hat unserem Antrag zugestimmt, auf die Ermöglichung der Vollpflichtmitgliedschaft hinzuwirken. Auch im Saarland wird eine Veränderung des Heilberufekammergesetzes vorbereitet.

Auf unserem März-Treffen gab es noch 4 weitere Vorschläge zur Stärkung unserer Verhandlungsposition. Es gab den Vorschlag, die BuKo mit einem Budget zu stärken. Nach internem Andiskutieren des Themas in der BPtK kam die BuKo zu dem Ergebnis, dass es keine Chance gibt, für einen Budget-Antrag auf dem DPT Unterstützung zu erhalten. Die BuKo fürchtet sogar, durch diese Forderung wieder weiter eingeschränkt zu werden. Auch eine eigene Internetpräsenz mit eigener Öffentlichkeitsarbeit wird nicht gestattet.

Beim Thema der Förderung der Preistransparenz der Ausbildung zur Kontrolle der Institute gab es in den letzten 6 Monaten keine Entwicklungen. Des Weiteren hatten wir die Schaffung einer PiA-Beschwerdestelle vorgeschlagen, wenn es zu Konflikten mit dem Ausbildungsinstitut kommt. Wir haben uns in Berlin mit Beschwerden an das Landesamt für Gesundheit gewandt, wohl wissend, dass sie dort nur Rahmenbedingungen überwachen und sich nicht für Details der Ausbildung interessieren. Genau das bekamen wir auch geraten: Wendet Euch an Eure Institute.... Auch aus der Kammer hörten wir, sie sei unter dem gegebenen Gesetz nicht zuständig. Die Einrichtung einer zentralen Ombudsstelle halte ich daher nach wie vor für eine wichtige Maßnahme.

C. Planung von Aktionen

Kerstin Sude resümierte über die Möglichkeiten von PiA-Öffentlichkeitsarbeit anhand der Erfahrungen in Hamburg. Dort wurde eine Plattform, das PiA-Netz-Hamburg gegründet, man engagierte sich mit Briefen an gesundheitspolitische Sprecher für die Änderung des Heilberufekammergesetzes, erlangte 2007 die Mitgliedschaft in der Kammer. Es folgten vielfältige öffentl. Aktionen zur Bezahlung der PiA während der Prakt. Tätigkeit: Diskussionsveranstaltung, Presseinfos, erste PiA-Demos vor der Uniklinik HH, Faxaktionen, Radiobeitrag, offene Briefe, Flugblätter, Krach mit Musik... Es erfolgte ein steter Ausbau von Kontakten zu Verbänden, Gewerkschaft/Betriebsrat der Uniklinik und Kooperation mit Vertrauenspersonen von ver.di im KH, erste Interviews (PTJournal, Fachverb., regionale/überregionale Presse). Dokumentiert wurde diese Arbeit im www.pia-netz-hamburg.de. Es wurde deutlich, dass verbändeübergreifende Aktionen notwendig und sinnvoll sind. Sie berichtete daraufhin von den aktuellen Plänen. Am 14.11.2012 sollen ab 13 Uhr die 9.000 Unterschriften, die im Winter 2011 gesammelt worden waren, dem BMG übergeben werden. Dafür ist Frau Widmann Mauz angefragt. Sie ist CDU Politikerin, seit 2009 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit im Gesundheitsministerium, MdB. Stellv. CDU-Landesvorsitz in BaWü. Die Rückmeldung wird bald erwartet. Auf jeden Fall soll die Übergabe von bundesweiten Demonstrationen begleitet werden. Diese Proteste sollen gefilmt und in einen Videoclip verarbeitet werden. Kerstin Sude wird Kontakt zu den Freischaffenden aufnehmen, Kontaktadressen von Filmer/innen sind vorhanden.

D. Reform der Psychotherapieausbildung . Der Stand der Dinge

Robin Siegel stellte in seinem Beitrag den Stand der Ausbildungsreform vor, verglich Modelle der Direktausbildung verschiedener Akteure und stellte die Aktivitäten der Bundeskonferenz PiA vor. Zum Stand der Politik:

Aus dem BMG wird der Wunsch geäußert, eine vergleichbare Struktur zu Ärzten und Zahnärzten zu schaffen. Eine „kleine Lösung“ der Reform, sowie Modellstudiengänge, werden bisher abgelehnt. Die Bund-Länder-Kommission der Gesundheitspolitik tagte am 24.9. zu diesem Thema. In den Bundesländern ist die Frage nach der Direktausbildung jedoch noch nicht geklärt. Durch die vorhandenen Modellkonzepte ist die Direktausbildung nicht mehr „undenkbar“. Evtl. werden innerhalb eines Jahres Eckpunkte einer Reform beschlossen. Sofern eine große Veränderung der Studiengänge angedacht ist, werden auch Gespräche mit den Kultusministerien erfolgen müssen. Bisher ist noch keine Entscheidung innerhalb der Politik gefallen. Den Vergleich der Modelle bitten wir, den mitgeschickten Folien zu entnehmen.

Wie geht es weiter? Alternative A: Lediglich Definition der Zugangsvoraussetzungen und evtl. kleine Regelungen der Praktischen Tätigkeit (evtl. schneller umsetzbar). Alternative B: Schaffung einer Direktausbildung und Weiterbildungsordnung mit zurzeit unklarer Struktur. Dabei wird wahrscheinlich die Frage des Ob vor der Frage des Wie geklärt!

Die Bundeskonferenz PiA will eine Stellungnahme an das BMG formulieren, evtl. weitere Stellungnahmen an Gesundheitspolitische Sprecher. Sie bereitet eine Petition im Bundestag Ende Oktober 2012 vor, ein Musterschreiben und Anleitung für PiA zum Thema „Wie mache ich meinen Wahlkreisabgeordneten auf das Thema aufmerksam“. Bei allen Aktionen wird die BuKo - nach bisherigen Absprachen - keine Stellung für oder gegen eine Direktausbildung nehmen.

Arbeitsergebnisse aus den Arbeitsgruppen

AG I: Organisation der Demo

Anlässlich der Übergabe der 9000 Unterschriften im Bundesministerium für Gesundheit, die vorigen Winter gesammelt wurden, soll eine bundesweite Demonstration organisiert werden. Im Plenum wird folgender Titel abgestimmt: „Ausbeutung beenden, Ausbildungsreform JETZT!“

Die Kernforderungen sind:

1. Klärung des Zugangs zur Ausbildung
2. angemessene Bezahlung der praktischen Tätigkeit
3. Reform der Ausbildung jetzt.

Stand der Organisation:

1. Die Demonstration soll gefilmt werden, ein Videoclip soll entstehen.
2. Die Anmeldung in Berlin ist geklärt.
3. In Münster, wo auch das Wahlkreisbüro des Bundesminister Bahr liegt, gibt es schon Kontakt zu Aktiven
4. Flugblätter sollen gemeinsam erstellt werden, die Logos der Verbände und ver.di tragen.
5. Es wird eine Anleitung Demoanmeldung und -organisation erstellt, sowie eine Aktionsfahrplan.
6. In den Ländern das Heilberufekammergesetz entsprechend ändern. Das Heilberufekammergesetz eines Landes wird zu bestimmten Anlässen verändert, wann steht also die nächste Änderung an? Die PiA und ihre Unterstützer/innen sollten sich, sowie man die jeweilige PTK an der Seite hat, mit dem Anliegen der Gesetzesänderung an die zuständigen gesundheitspolitischen Sprecher/innen der Parteien wenden. Diese sollten über Gespräche/ Briefe/ Mailing/ Fax/...gebeten/aufgefordert werden, entsprechenden Änderungen zuzustimmen.
7. Die Unterschriften werden zusammengetragen.
8. Die Sprecher/-innen der PsyFaKo erklären sich verantwortlich für die Mobilisierung der Studierenden. Sie brauchen dafür Infomaterial mit den Forderungen.

AG II: Zerfaserung der Struktur

Um den Organisationsgrad kurzfristig zu verbessern, machte die AG folgende Vorschläge:

1. Das PiA-Politik-Treffen soll regelmäßig im halbjährlichen Rhythmus stattfinden. Es wird gemeinsam dafür abgestimmt, dass die terminliche Anbindung an die BuKo fortgeführt werden soll.
2. Es soll eine Multiplikatoren-Mailingliste erstellt werden unter Beachtung des Datenschutzes. Die Umsetzungs-AG leitet Jean Rossilhol.
3. Der Namen des Treffens wurde diskutiert und abgestimmt. Der offizielle Name ist „PiA-Politik-Treffen“ (nicht PiA-Verband, nicht Agenda, nicht unabhängiges PiA-Politik-Treffen).
4. Es wird eine organische Entwicklung eines Leitfadens empfohlen, PiA-Politik-Treffen als verbändeübergreifende Kommunikations- und Aktionsplattform.

AG III: Ausbildungsreform

Die AG bezog keine positive oder ablehnende Stellung bezüglich der Möglichkeit der Direktausbildung. Sie formulierte offene Diskussionspunkte und setzte sich zum Ziel, Mindestanforderungen an die Reform aus PiA-Sicht zu formulieren.

Offene Diskussionspunkte:

1. Wie erfolgt die Einbindung der bestehenden Strukturen (der Ausbildungsinstitute)
2. Ist es noch möglich, die Direktausbildung zu verhindern, und ist das überhaupt sinnvoll?
3. Was ist der Vorteil der Vereinheitlichung der Berufe?
4. Bleibt die Approbation gleich viel wert?
5. PiA-Gremien sind nicht genug in den Meinungsbildungsprozess eingebunden, obwohl es sie am meisten angeht.
6. Was sind die Mindestanforderungen an die Reform aus PiA-Sicht?

AG IV: Zusammenarbeit mit ver.di

Die AG beschäftigt sich mit der betrieblichen Ebene der gewerkschaftlichen Arbeit. Wenn auf der betrieblichen Ebene etwas durchgesetzt werden konnte, kann dieses auch auf Tarifverträge und die Politik ausstrahlen. Die Arbeitsfrage lautete: Wie ist es möglich, PiA in den Betrieben zu stärken?

Folgende Vorschläge wurden gemacht:

1. Zusammenarbeit mit approbierten Kollegen/-innen. Sie sind länger in den Kliniken beschäftigt, während PiA häufiger fluktuieren und sich schlechter in die innerbetriebliche Arbeitnehmervertretung einbringen können. Diese Zusammenarbeit ist wichtig, da auch die Approbierten tariflich schlecht eingruppiert sind. Allerdings wurde darauf hingewiesen, dass die Interessenslagen dennoch unterschiedlich sind, man kann den Approbierten nicht die Verantwortung für die Kontinuität der PiA-Politik in den Betrieben überlassen.
2. PiA sollen während der praktischen Tätigkeit Kontakt zu den Betriebsräten aufnehmen und regelmäßige Treffen veranstalten, die PiA-Problematik in der Arbeitnehmervertretung bekannt machen.
3. Mit Hilfe der Betriebsräte die Verbesserung der Arbeitsverträge erreichen, Einsatz des ver.di-Mustervertrags durchsetzen.
4. Mitgliedschaft und Engagement bei ver.di, der Gewerkschaft für Psychotherapeuten/-innen. Ver.di hat Vertrauenspersonen in vielen Kliniken, und ist an der Arbeitnehmervertretung beteiligt. Ver.di bietet Infrastruktur und Know-How bei der Auseinandersetzung um bessere Bezahlung. Tarifliche Verbesserungen müssen sogar im Rahmen gewerkschaftlicher Verhandlungen erstritten werden. (Tarifverträge sind Verträge zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften).
5. Offen bleibt die Frage, wie man diese Strategien unter PiA bekannt machen kann.

Die Empfehlung der Mitgliedschaft bei ver.di wird kontrovers diskutiert. Wir einigen uns darauf, die Kooperation mit ver.di zu empfehlen.

Diskussion: PiA-Politik-Verein

Pro	Contra	Empfehlungen	Bedenken
Möglichkeit, steuerfrei Spenden einzunehmen	Formalitäten fallen an	Anonyme Spenden zuzulassen	Woher kommen die Gelder?
Förderungsfähigkeit, auch durch staatliche Töpfe	Haftbarkeit	Zweckgebunden Spenden sammeln	Einflussnahme durch Sponsoren
Kontinuierliche Arbeit wird	Vereinsregeln müssen	Zunächst Strukturen	Wer übernimmt die

gestärkt	eingehalten werden	schaffen, dann Verein gründen	Verantwortung
Vernetzung unter aktiven PiA vereinfacht	Es könnte Misstrauen entstehen	Wir brauchen eine einfache Struktur	Energie fließt in „Vereinsarbeit“
Niedrigschwelliges Podium für PiA	PiApolitik wird höherschwellig	Neue Engagierte können gut eingebunden werden	x
Vereinfachung des Marketing	x	Die Verhandlungsbasis der PiA sollte gestärkt werden	x
Übernahme von Reisekosten	x	Verein sollte unabhängig bleiben	x

Zusammenfassung der Diskussion

Die Vor- und Nachteile einer Vereinsgründung wurden abgewogen. Der Vorteil wurde in der Verbesserung der Sichtbarkeit der PiA-Politik gesehen, in der Verbesserung ihrer Transparenz und Vernetzung, sowie in der Möglichkeit, steuerfrei Spenden einzunehmen. Die wichtigsten Nachteile wurden in den Formalitäten der Vereinsarbeit gesehen, sowie in der Frage, wie eine Unabhängigkeit des Vereins gewährleistet werden soll, wenn er doch von Spenden durch die Berufsverbände abhängig ist. Die Vertreter/-innen der Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo) berichteten als positives Beispiel davon, dass sie nach ihrer Vereinsgründung von Studierenden und Gremien ernster genommen wurden und nun auch Fördergelder beantragen können. Allerdings habe sich die PsyFaKo auch erst eine Weile als Struktur entwickelt, bevor die Vereinsgründung erfolgte. Es zeigte sich auch, dass es PiA mit Erfahrung in der Vereinsgründung und Beantragung der Gemeinnützigkeit gibt, sowie mehrere Interessierte, die die Vereinsgründung tragen und Verantwortung für die Formalitäten übernehmen würden. Die Diskutanten einigten sich darauf, keine Abstimmung bzgl. der Vereinsgründung vorzunehmen und das Thema beim kommenden Politiktreffen erneut zu behandeln.

Diskussion: Verbandsinteressen und Unabhängigkeit der PiA-Politik

Es wurden Vorbehalte einzelner Fachverbände gegenüber dem PiA-Politik-Treffen geäußert. Es wurde im Zuge der Diskussion betont, dass eine verbandsübergreifende Berufspolitik für alle neu und ungewohnt ist, und dass die bestehende Organisationsform jederzeit erweiterbar ist. Je mehr Verbände das Treffen tragen, desto besser. Ziel ist die Bündelung der Kräfte bezüglich der PiA-Politik. Die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen kann ohne gegenseitige Stärkung nicht erreicht werden. Es kam die Frage auf, ob auf der Einladung Verbandslogos erscheinen müssen. Im Moment ist es so, dass bvvp, DPTV und VPP die Kosten der Raummiete, der Moderation und des Caterings. Je mehr Verbände auch kleinere Beiträge zu diesen Kosten beitragen, desto realistischer ist es, dass die Treffen langfristig überhaupt stattfinden können. Die Frage der Logos soll in die Verbände hereingetragen werden. Die bisherigen Organisatoren des Treffens wünschen sich eine gemeinsame Einladung zum nächsten Treffen mit allen Verbänden, die sich beteiligen möchten.

Beschlüsse

1. Ziel des PiA-Politik-Treffens ist der Zusammenschluss von PiA-Aktiven unabhängig von Verbänden und Vereinen zur Förderung der Interessen von PiA.

2. Die Veranstaltung soll ganz offiziell „PiA-Politik-Treffen“ heißen, halbjährlich und gekoppelt an die BuKo stattfinden. Eine Mailingliste soll erstellt werden.
3. Alle Verbände und Fachverbände sind dazu eingeladen, das PiA-Politiktreffen mit zu organisieren.
4. Wir empfehlen die Kooperation mit ver.di beim Kampf für eine bessere Bezahlung.
5. Es soll eine Katalog von Mindestanforderungen an die Ausbildungsreform aus PiA-Sicht erstellt werden.
6. Die Vereinsgründung soll beim nächsten Treffen neu besprochen werden.